

Kurzmeldungen Juli – September 2016

Forderung nach EU-Reformen

Die Ratingagentur Standard & Poor's fordert Veränderungen in der EU und die erneute Einberufung eines ein Verfassungskonventes. „Die Wahlpraktiken in den 28 Nationalstaaten sind zu unterschiedlich. Es gibt viele scheinbar willkürliche Ereignisse, die politische oder wirtschaftliche Entwicklungen in die eine oder andere Richtung drängen könnten. Die Folgen und der Zeitverlauf seien meist unmöglich vorherzusehen.

Die EU steht laut S&P an einem Scheideweg: Entweder sie bündelt noch mehr Souveränität und schafft eine engere, kohärentere politische Union oder sie gibt den Mitgliedsstaaten in gewissen Bereichen Kompetenzen zurück und verwandelt sich in eine „lockerere politische und wirtschaftliche Föderation“.

Quelle: <http://www.euractiv.de/section/finanzen-und-wirtschaft/news/standard-poors-eu-in-derzeitiger-verfassung-unhaltbar/> 27.7.16

Flüchtlinge

In den 6 reichsten Ländern der Welt leben 2,1 Millionen Flüchtlinge. Das sind 9% aller Flüchtlinge weltweit. Frankreich, Deutschland, Großbritannien, die USA, China und Japan produzieren mehr als 50% der Weltwirtschaftsleistung.

Die meisten Flüchtlinge kommen in Entwicklungsländern nahe ihrer Heimat unter. Länder wie Jordanien, die Türkei, Pakistan, der Libanon, Südafrika und die besetzten palästinensischen Gebiete machen nur 2% der Weltwirtschaft aus und bieten doch 50% aller Flüchtlinge Schutz (12 Millionen Menschen).

Von den 6 genannten Industrieländern zeigte sich Deutschland Oxfam zufolge am offensten für Flüchtlinge. 736.000 der 2,1 Millionen Asylsuchenden in den reichsten Ländern entfallen auf Deutschland.

Mit 1,35 Milliarden Dollar im Jahr sind die USA mit Abstand größter Geldgeber des UNHCR, gefolgt von Großbritannien (262 Millionen Dollar), Japan (173 Millionen Dollar), Deutschland (142 Millionen Dollar) und Frankreich (42 Millionen Dollar). Die drei europäischen Länder trugen 2015 über den EU-Haushalt noch weitere 191 Millionen Dollar bei.

Quelle: Oxfam-Bericht, <http://www.euractiv.de/section/entwicklungspolitik/news/oxfam-reichste-laender-beherbergen-nur-neun-prozent-aller-fluechtlinge/> 19.7.16

Europa versagt dabei, unbegleitete minderjährige Flüchtlinge und Migranten angemessen zu versorgen und ihre Rechte zu schützen.

Laut aktuellen Zahlen von UNICEF ist jeder zweite Flüchtling oder Vertriebene auf der Welt minderjährig. Viele von ihnen verlassen ihre Heimat ohne den Schutz der Eltern. So sind die so genannten Hotspot-Zentren, die die EU und italienische Behörden zur Bewältigung der vielen Neuankömmlinge eingerichtet haben, überbelegt und verfügen nicht einmal über die erforderlichen sanitären Anlagen. Während die maximal zulässige Aufenthaltsdauer in diesen haftähnlichen Zentren 48 bis 72 Stunden beträgt, müssen viele unbegleitete Kinder und Jugendliche dort länger als fünf Wochen ausharren.

Seit Schließung der Balkanroute und des Flüchtlingsabkommens zwischen EU und Türkei,

ist Italien erneut Hauptankunftsland für Flüchtlinge und Migranten, die nach Europa wollen. Jüngsten Daten des UN-Flüchtlingswerks zufolge ist die Zahl unbegleiteter Kinder, die 2016 Italien erreichten, signifikant gestiegen und macht in dem Land heute 15% aller ankommenden Flüchtlinge und Migranten aus. Ende Juli waren es 13.705 unbegleitete Minderjährige, die Italien erreichten, mehr als im gesamten Vorjahr (12.360).

Quelle: OXFAM, http://www.sonnenseite.com/de/politik/europa-laesst-minderjaehrige-fluechtlinge-im-stich.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2010.%20September%202016%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter 8.9.16

Rüstungsexporte

Deutschland ist im vergangenen Jahr drittgrößter Waffenlieferant weltweit gewesen. Dies berichtet der britische Militär-Informationdienst Jane's.

Demnach haben deutsche Rüstungskonzerne im Jahr 2015 Kriegsgerät im Wert von 4,78 Milliarden US-Dollar (4,2 Milliarden Euro) ins Ausland verkauft; Jane's berechnet dabei den Wert der exportierten Kleinwaffen und der Munition nicht mit.

Jane's zufolge sind die weltweiten Rüstungsexporte von 2014 bis 2015 so stark gestiegen wie nie zuvor - um 6,6 Milliarden US-Dollar - und beliefen sich auf einen Gesamtwert von 65 Milliarden US-Dollar. Für das kommende Jahr wird ein weiterer Anstieg auf rund 69 Milliarden US-Dollar erwartet.

Zwei Drittel der globalen Ausfuhr von Kriegsgerät geht in den Nahen und Mittleren Osten und in das Gebiet rings um das Südchinesische Meer.

Unter den Top Ten finden sich lediglich zwei nichtwestliche Staaten: Russland belieferte ihm nahestehende Länder mit Kriegsgerät im Wert von 7,45 Milliarden US-Dollar, während China Militärgüter im Wert von 1,74 Milliarden US-Dollar exportierte.

Zu den Hauptkunden der deutschen Rüstungsindustrie gehört nach wie vor Saudi-Arabien, obwohl die UNO schwere Vorwürfe gegen die Streitkräfte des Landes wegen ihrer Kriegführung im Jemen erhebt. Jane's warnt, die saudischen Waffenkäufe deuteten darauf hin, dass Riad, als Schutzmacht des militanten Jihadismus sich von den westlichen Mächten unabhängig machen will.

Zuletzt kam es zu einem Eklat, als UN-Generalsekretär Ban Ki-moon den Vorwurf zurückzog, die von Saudi-Arabien geführte Koalition habe im Jemen Dutzende Schulen und Krankenhäuser bombardiert und dabei mindestens 470 Kinder umgebracht. Menschenrechtsorganisationen bestätigen den Vorwurf. Ban berichtet nun, Riad habe ihm gedroht, die Zahlungen an die Vereinten Nationen komplett einzustellen, sollte er die saudischen Streitkräfte wegen des Kriegs im Jemen kritisieren; er habe sich deshalb gezwungen gesehen, Riads Erpressung nachzugeben, um nicht die Finanzierung wichtiger UN-Hilfsprojekte aufs Spiel zu setzen. Die saudischen Streitkräfte nutzten Berichten zufolge für ihre Angriffe auf den Jemen von Anfang an auch deutsche Waffen.

Quelle: www.german-foreign-policy.com 14.6.16., <http://www.lebenshaus-alb.de/magazin/009854.html>

Giftgaseinsätze in Syrien

Am 21. August 2013 wurde Sarin-Gas in Syrien eingesetzt. Mit dem Kampfstoff bestückte Boden-Boden-Raketen seien zur fraglichen Zeit am fraglichen Ort eingeschlagen.

Nur Regime-Einheiten hätten über die nötigen ballistischen Raketen in der notwendigen Entfernung zum Anschlagort verfügt. Zwei Waffenexperten kommen aber zum Ergebnis, die Reichweite der eingesetzten Rakete sei zu kurz gewesen, als dass sie aus den damals von der Syrischen Armee kontrollierten Gebieten hätten stammen können.

Quelle: <http://www.heise.de/tp/artikel/46/46414/1.html> 30.10.15

Nach dem Ultimatum von US-Außenminister John Kerry vom 9.9.13 war Syrien bereit, sein Chemiewaffenarsenal abzugeben. Zwischen dem 6.10.13 und dem 23.6.14 werden angeblich alle Chemiewaffen aus Syrien abtransportiert.

Chlorgas zählt als chemischer Kampfstoff, fällt allerdings nicht unter die OPCW-Konvention. In mindestens drei Fällen ist in Syrien im Jahr 2014 Chlorgas als chemischer Kampfstoff eingesetzt worden. Man geht von 125 Einsätzen bis August 2015 aus und es wird berichtet, dass insbesondere auch in Fassbomben Chlor verwendet werde. Der UN-Sicherheitsrat verurteilt am 6.3.15 den Einsatz von Chlorgas als Kampfstoff als Kriegsverbrechen. Im Nordirak wurden von deutschen Soldaten ausgebildete Peschmerga-Einheiten am 13.8.15 von IS-Einheiten mit Chlorgas angegriffen. Die Bestände soll die Terrormiliz von der syrischen Armee erbeutet haben.

Inspektoren der OPCW fanden im Mai 2015 in Syrien die chemischen Kampfstoffe Sarin und VX, welche vom Assad-Regime nicht deklariert worden waren.

Quelle: <https://www.adoptrevolution.org/timeline-giftgas-einsatz-in-damaskus-und-abruestung/> 18.8.15

Der renommierte US-Journalist Seymour Hersh hatte unter Bezug auf Geheimdienstquellen behauptet, daß die Türkei den Giftgasangriff mit mehr als tausend Toten in Syrien organisiert hätte, um ein Eingreifen der USA zu provozieren. Die Regierungen der Türkei und der USA dementierten dem Bericht.

Quelle: <http://www.tagesspiegel.de/politik/giftgas-in-syrien-us-top-journalist-erhebt-schwerste-vorwuerfe-gegen-ankara/9734842.html> 8.4.14

Jetzt kam ein UN-Bericht der Organisation für das Verbot von Chemiewaffen (OPCW) nach detaillierter Untersuchung zum Ergebnis, daß nachweisbar 2 Attacken von der syrischen Armee, ein Senfgasangriff von IS-Terroristen verursacht wurden. Der Sicherheitsrat schweigt. Keine Erklärung. Keine Resolution.

Quelle: <http://www.tagesschau.de/ausland/un-syrien-107.html> 31.8.16

Als erwiesen sehen es die Experten an, dass die Truppen des syrischen Präsidenten Baschar al-Assad am 21.4.14 und am 16.3.15 in zwei Dörfern in der nordwestlichen Provinz Idlib Giftgas einsetzten. In einem Fall deutete alles auf Chlorgas hin. Die giftigen Substanzen seien aus Hubschraubern der syrischen Luftwaffe auf die Dörfer abgeworfen worden. Die IS-Miliz wiederum benutzte nach Erkenntnissen der UN-Experten am 21.8.15 im Ort Marea nahe Aleppo das hochgiftige Senfgas. Die IS-Miliz sei im Syrien-Konflikt die einzige Kriegspartei "mit der Fertigkeit, dem Willen und der Möglichkeit zur Nutzung von Senfgas", heißt es in dem Untersuchungsbericht.

Es gebe 3 weitere solcher Fälle, die auf eine Urheberchaft der Regierung hindeuteten. Zwischen Dezember 2015 und August 2016 hätten sie von UN-Mitgliedsstaaten mehr als 130 neue Berichte über Chemiewaffenattacken oder den Einsatz von Giftstoffen erreicht: In 13 Fällen soll den Angaben zufolge der Kampfstoff Sarin, in zwölf Fällen Senfgas, in vier das Nervengas VX sowie 41 mal Chlorgas und 61 mal andere giftige Chemikalien eingesetzt worden sein.

Quelle: <http://www.zeit.de/politik/ausland/2016-08/syrien-baschar-al-assad-militaer-chemiewaffen-zivilisten-un-bericht> 25.8.16

Türkei tritt in den Syrienkrieg ein

Unter Nutzung deutscher "Leopard"-Panzer und begleitet von erklärten "Sympathien" der Bundesregierung setzt Deutschlands NATO-Verbündeter Türkei seinen Krieg gegen die Kurden auf syrischem Territorium fort. Bereits der Einmarsch türkischer Truppen ist Berichten zufolge mit deutschen Kampfpanzern erfolgt. Die Bundesregierung drückt ausdrücklich ihre Zustimmung zu den türkischen Operationen aus. Diese zielen weniger auf die Ausschaltung des "Islamischen Staats" (IS/Daesh) als vielmehr darauf, mit der Errichtung der schon lange geplanten "Schutzzone" auf syrischem Territorium das Entstehen eines zusammenhängenden Gebietes "Westkurdistan" zu verhindern. Der Einmarsch diene offiziell dazu, dem "Islamischen Staat" (IS/Daesh) die Grenzstadt Jarabulus zu entreißen. Über Jarabulus hatte der IS mit Duldung der Türkei mehrere Jahre lang ausländische Kämpfer und Unterstützer in das von ihm kontrollierte Gebiet geschleust, Nachschub bezogen und Erdöl verkauft. Während er bereits vorher aus der Stadt vertrieben wurde - Berichten zufolge ohne besonderen Widerstand -, haben die türkischen Streitkräfte in Verbindung mit syrischen Milizen ihre Operationen südlich von Jarabulus am Wochenende fortgesetzt. Ziel sind Stellungen nicht des IS, sondern der Syrian Democratic Forces (SDF), einer unter führendem Einfluss der kurdischsprachigen YPG (Yekîneyên Parastina Gel, Volksverteidigungseinheiten) stehenden Truppe, die recht erfolgreich gegen den IS kämpft und dabei auf US-amerikanische Unterstützung zählen kann.

Beobachter stellen fest, dass Damaskus kurz zuvor erstmals Angriffe auf die YPG geflogen hat, woraufhin in Ankara zu hören war, man schließe die Bildung einer Übergangsregierung unter Einschluss von Bashar al Assad nicht mehr grundsätzlich aus. Dies wird als ein vorsichtiger Annäherungsschritt zwischen Ankara, das bislang kompromisslos auf Assads Sturz setzte, und Damaskus interpretiert.

Die Bundesregierung befürwortet den türkischen Einmarsch in Nordsyrien ausdrücklich. Sie habe "Sympathien, wenn sich die Türkei am militärischen Kampf gegen den sogenannten Islamischen Staat" beteilige, teilte ein Sprecher des Auswärtigen Amts mit. Dem steht offenkundig nicht entgegen, dass Ankara sich bei seinen aktuellen Operationen in Nordsyrien - ganz wie auch anderswo - als Förderer verschiedenster islamistischer, teilweise sogar jihadistischer Organisationen erweist. Während es offiziell heißt, die Free Syrian Army (FSA), mit der gemeinsam die türkischen Streitkräfte gegen den IS, vor allem aber gegen die YPG kämpfen, sei nicht-islamistisch orientiert, ist zumindest für relevante Teile der Truppe das Gegenteil der Fall. So gehört nach Auskunft des Syrien-Experten Charles Lister vom Washingtoner Middle East Institute dem FSA-Milizenbündnis neben der islamistischen Mutassim-Brigade unter anderem die jihadistische Miliz Ahrar al Sham an. Auch die Miliz Nur al Din al Zinki nimmt demnach zur Zeit unter dem Label FSA an den Operationen gegen die YPG teil. Nur al Din al Zinki erhielt einst von den Vereinigten Staaten Panzerabwehrraketen; die Miliz wird ebenfalls als jihadistisch eingestuft. "Fast alle der Milizen, die Erdogan für seine Offensive eingespannt hat, haben eine islamistische Färbung", heißt es in einem Bericht. Demnach steht den Gebieten, aus denen die türkischen Truppen nun die YPG vertreiben, erneut der Übergang in eine islamistische, teils sogar jihadistische Herrschaft bevor.

Quelle: www.german-foreign-policy.com 29.8.16.

<http://www.lebenshaus-alb.de/magazin/009950.html>

Waffenruhe in Syrien zerbricht

Der Bürgerkrieg in Syrien dauert bereits seit dem Frühjahr 2011 an. Seitdem wurden mehr als 280.000 Menschen getötet.

Nun haben 4 Kampfflugzeuge der US-geführten Koalition sollen syrische Regierungstruppen angegriffen. Ein Vertreter des US-Militärs sagte, die Koalition habe in der Region Positionen des IS treffen wollen. Zwei F16-Kampffjets und zwei A-10-Maschinen seien aus dem Irak in den syrischen Luftraum geflogen. Die Angriffe seien gestoppt worden, nachdem russische Vertreter mitgeteilt hätten, dass es sich bei den getroffenen Positionen um syrisches Militär handeln könnte.

Die syrische Militärbasis ist umgeben von Extremisten des IS. Direkt nach dem Luftangriff sei der IS am Boden in die Offensive gegen den Stützpunkt gegangen, so die Agentur Sana.

In Syrien gilt eine siebentägige Feuerpause, die aber immer brüchiger wird. Nicht inbegriffen in den Waffenstillstand sind Angriffe auf den IS.

Zudem geben sich die USA und Russland gegenseitig die Schuld dafür, dass während der Waffenruhe keine Lastwagen mit Hilfsgütern in die von Regierungstruppen belagerten und von Rebellen kontrollierten Vierteln Aleppos gelangen konnten. Die Hilfskonvois der UN saßen an der türkischen Grenze fest.

Quelle: <http://www.tagesschau.de/ausland/syrien-regierungstruppen-101.html> 17.9.16

Die syrische Armee hat die seit einer Woche geltende Waffenruhe für beendet erklärt. Ein UN-Konvoi, der für die Menschen in der Region Aleppo bestimmt war, wurde in dem Ort Orem al-Kubra südwestlich von Aleppo von Bomben getroffen. Dabei seien 20 Menschen getötet worden. Es wurden 18 Lkw mit Hilfsgütern bei den Angriffen beschädigt. Nach dem Angriff auf einen ihrer Konvois stellen die Vereinten Nationen nun sämtliche Hilfslieferungen in Syrien ein. Bei der Attacke waren mehrere Mitarbeiter von Hilfsorganisationen getötet worden. Russland und Syrien bestreiten eine Beteiligung. Der UN-Sekretär für humanitäre Fragen, Stephen O'Brien, sagte, sollte sich der Angriff vorsätzlich gegen die Helfer gerichtet haben, "dann läuft dies auf ein Kriegsverbrechen hinaus".

Quelle: <http://www.tagesschau.de/ausland/syrien-konvoi-107.html> 20.9.16

UN-Generalsekretär Ban hat den Beschluss eines Hilfskonvois in Syrien mit scharfen Worten kritisiert. Vor der UN-Generalversammlung sagte er, im Saal säßen Regierungsvertreter, die die Gräueltaten in Syrien möglich machten.

"Mächtige Gönner, die die Kriegsmaschine weiter füttern, haben auch Blut an ihren Händen", sagte er. Im Plenarsaal seien Vertreter von Regierungen anwesend, die Gräueltaten gegen das syrische Volk ignoriert, möglich gemacht, finanziert, sich daran beteiligt oder diese sogar selbst geplant und ausgeführt hätten.

Das syrische Außenministerium reagierte mit scharfen Worten auf eine Rede Bans. Das syrische Volk habe das Recht auf Selbstbestimmung und "braucht Bans Rat nicht".

Die Syrische Beobachtungsstelle für Menschenrechte hatte erklärt, der Angriff sei entweder von syrischen oder russischen Streitkräften geflogen worden. Die Angaben können nicht unabhängig überprüft werden.

Quelle: <http://www.tagesschau.de/ausland/syrien-un-113.html> 20.9.16

USA verlagern Atomwaffen

Seit dem Kalten Krieg lagerten am türkischen Luftwaffenstützpunkt Incirlik etwa 50 taktische Atomraketen der USA – etwa 100 Kilometer von der syrischen Grenze entfernt, so ein Bericht des Simson Centers. Während des gescheiterten Putschversuchs in der Türkei im Juli wurde Incirlik der Strom abgestellt. Die Regierung untersagte amerikanischen Fliegern, den Stützpunkt anzufliegen oder ihn zu verlassen, und inhaftierte schließlich den dortigen Kommandeur wegen angeblicher Beteiligung am Putschversuch. Ob die USA im Falle eines verlängerten Bürgerkonflikts noch Kontrolle über die Waffen gehabt hätten, ist dem Bericht zufolge unklar.

Nach dem gescheiterten Putschversuch entschieden sich die USA offenbar, ihre Atomraketen aus der Türkei abzuziehen. Daher würden die Atomraketen nun nach Rumänien zum Luftwaffenstützpunkt Deveselu gebracht. Ganz in der Nähe der Stadt Caracal, die seit Kurzem ein Raketenabwehrsystem der USA beherbergt.

<http://www.euractiv.de/section/eu-aussenpolitik/news/usa-verlagern-atomwaffen-von-der-tuerkei-nach-rumaenien/> 18.8.16

Türkei unterstützt Islamisten

Die Bundesregierung sieht die Türkei als "zentrale Aktionsplattform für islamistische Gruppierungen". Das geht nach ARD-Informationen aus einer vertraulichen Stellungnahme der Regierung auf eine Anfrage der Linkspartei im Bundestag hervor, die auf Einschätzungen des BND basiert. Präsident Erdogan unterstütze militante Organisationen im gesamten Nahen und Mittleren Osten. Die Türkei habe die Beziehungen zur Hamas und anderen Organisationen sogar gezielt intensiviert, heißt es in dem Papier: "Als Resultat der vor allem seit dem Jahr 2011 schrittweise islamisierten Innen- und Außenpolitik Ankaras hat sich die Türkei zur zentralen Aktionsplattform für islamistische Gruppierungen der Region des Nahen und Mittleren Ostens entwickelt."

Quelle: <http://www.tagesschau.de/inland/tuerkei-619.html> 16.8.16

Streit um das polnische Verfassungsgericht

Die Staatsanwaltschaft in Warschau kündigte am Donnerstag Ermittlungen gegen den Gerichtspräsidenten Andrzej Rzeplinski wegen Fahrlässigkeit und Amtsmissbrauchs an. Anlass der Ermittlungen sei die Strafanzeige eines von drei Verfassungsrichtern, die die rechtskonservative Mehrheit des Parlamentes ernannt hatte, doch Rzeplinski hielt sie mit der Begründung von den Sitzungen fern, ihre Nominierung sei nicht verfassungskonform. Im Streit um die Beschneidung der Befugnisse des polnischen Verfassungsgerichts hat die EU-Kommission der nationalkonservativen Regierung in Warschau ein Ultimatum gestellt. Polen habe drei Monate Zeit, um nun von Brüssel beschlossene Empfehlungen umzusetzen, sagte der Vize-Präsident der EU-Kommission, Frans Timmermans. Gebe es keine zufriedenstellende Lösung, seien Sanktionen möglich, die bis zum Entzug von Stimmrechten reichen können.

Die Brüsseler Behörde will Warschau vorgeben, in welchen Punkten die umstrittene Justizreform wieder geändert werden soll. Die EU-Kommission hatte im Falle Polens Mitte Januar erstmals überhaupt eine Überprüfung der Rechtsstaatlichkeit in einem Mitgliedstaat eingeleitet. Brüssel wirft der Warschauer Regierung vor, rechtswidrig die Ernennung mehrerer Verfassungsrichter rückgängig gemacht, die Unabhängigkeit des

Gerichts eingeschränkt und seine Beschlüsse missachtet zu haben. Das Verfassungsgericht hatte die meisten von der Regierung vorgelegten Gesetzesregelungen zur Arbeitsweise des obersten Gerichts zurückgewiesen. Das Gesetz greife unter anderem in die Ernennung der Richter ein, könne die Arbeit des Gerichts blockieren und mache Vorgaben bei der Terminplanung, sagte Rzeplinski.

<http://www.euractiv.de/section/eu-innenpolitik/news/polnischer-verfassungsgerichtspraesident-steht-unter-strafermittlung/> 19.8.16

Französisches Atommüll-Endlager

Die französische Nationalversammlung hat die Genehmigung für den Standort des Atomendlagers im Lorraine nahe der deutschen Grenze erteilt.

Frankreich hat 58 Atomreaktoren, radioaktiver Müll lagert bereits oberirdisch und könnte ab 2030 nahe des Dorfes Bure in Lothringen eingelagert werden. Das Gebiet im Departement Meuse liegt rund 125 km von der deutschen Grenze entfernt.

Atomstrom ist in Frankreich billig und wird vom Staat subventioniert. Obwohl der Atomkonzern Areva Milliardenverluste macht und die künstlich niedrig gehaltenen Preise erhöht werden müssten, hat Umweltministerin Segolène Royal doch wieder eine leichte Senkung der Strompreise angekündigt.

Bei den vorliegenden Gesteinsschichten handelt es sich in dem Gebiet um Tongestein, das laut Expertisen für 100.000 Jahre Schutz vor der radioaktiven Strahlung bieten soll. Zunächst ist eine Einlagerung in Stahlbehältern mit einer geschätzten Haltbarkeit von rund 7.000 Jahren für die nächsten 100 Jahre geplant.

Quelle: http://www.sonnenseite.com/de/politik/franzoesisches-atommuell-endlager-wird-grenznah-gebaut.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2016.%20Juli%202016%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter
15.7.16

Abschlussbericht der Atommüll-Kommission

Die Endlagerkommission hat idem Bundestag ihren abschließenden Bericht übergeben. Sie bestand aus Wissenschaftlern, Politikern und Betreibern von Atomkraftwerken und sollte Voraussetzungen für ein Standortauswahlverfahren für Atommüll prüfen. Die radioaktiver Abfälle sollen künftig in einem Bergwerk gelagert werden, lautet die Empfehlung. Eine durch Greenpeace beauftragte Studie kommt jedoch zu einem ganz anderen Schluss. Der unabhängige Geologe Marcos Buser vom Institut für Nachhaltige Abfallwirtschaft aus Zürich spricht sich aufgrund der Analyse von vier Atom- und Sondermülllagerstätten gegen die Tiefenlagerung aus. Da mit den angewandten Konzepten die Schadstoffabgabe an die Umgebung nicht eingegrenzt werden könne, sei die Form der Endlagerung nicht sicher.

Die Bundesländer Bayern und Sachsen kündigten bereits ihren Widerstand gegen die Untersuchung kristalliner Gesteinsformationen an. Sie wollen Granit als möglichen Endlagerstein auf jeden Fall verhindern. Mit der Veröffentlichung eines Sondervotums durch den BUND lehnte außerdem der einzige beteiligte Umweltverband den Abschlussbericht ab.

Quelle: http://www.sonnenseite.com/de/politik/atommuell-endlager-kommission-stellt-abschlussbericht-vor.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2009.%20Juli%202016%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter
7.7.16

In Frage kommen Salz, Ton und Granit. Die Idee ist: In verschiedenen Phasen werden die Suchkriterien angewendet, bis schließlich nur noch eine Handvoll Orte übrig bleibt, in denen ein Forschungs-Bergwerk entstehen soll. In den 2030er Jahren soll ein Standort gefunden sein. Ab 2050 soll dann die Einlagerung des hoch radioaktiven Mülls beginnen. Wie weit diese Beteiligung der Öffentlichkeit am Ende gehen soll, ist noch nicht klar. Einerseits soll es nach dem Willen der Kommission so genannte Regionalkonferenzen mit "gesetzlich definierten Interventionsrechten" geben. Von einer Veto-Möglichkeit der Bevölkerung gegen eine Standortentscheidung rät die Kommission hingegen ab. Der Geologe Detlef Appel stellt zu Gorleben fest: Schon seit Beginn der Erkundung in Gorleben sei klar, dass dieser Salzstock nicht nur zahlreiche Mängel hat, die einen sicheren Endlagerbetrieb stören könnten. Auch fehlt auf 7,5 Quadratkilometern die mächtige, wasserabschirmende Tonschicht, die sich die Endlagerplaner dort erhofft hatten.

Quelle: http://www.deutschlandfunk.de/abschlussbericht-der-endlagerkommission-zweifel-an-zeitplan.724.de.html?dram:article_id=359028 3.7.16

Atomkonzerne fordern Staatsfonds für die Lagerung des Atommülls

Zu den Äußerungen der Eon- und RWE-Vorstände zur Einrichtung des vorgeschlagenen Staatsfonds für die Kosten der Lagerung des Atommülls sagte der stellvertretende Vorsitzende des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), Klaus Brunsmeier:

„Die Energiekonzerne stehen kurz davor, dem Staat die Haftung für die Folgekosten der Zwischen- und Endlagerung von Atommüll aufzubürden. Eon-Konzernchef Teysen spricht von einer ‚Versicherung‘, aber ‚Gewinnoptimierung‘ trifft auf den geplanten Deal besser zu. Auch RWE-Chef Terium versucht den Atom-Fonds als Belastung darzustellen, die den Konzern angeblich ‚überfordert‘.

Es kann nicht sein, dass die Atomindustrie immer wieder von Subventionen in Milliardenhöhe profitiert und sich dann durch Bilanzierungstricks und Konzernumbau aus der Verantwortung stiehlt.“

Quelle: http://www.sonnenseite.com/de/energie/subventionen-in-milliardenhoehe.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%202013.%20August%202016%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter 13.8.16

Fracking

Eine Langzeitstudie aus den USA zeigt, daß in der Nähe von Fracking-Anlagen ein deutlich höheres Asthma-Risiko herrscht.

Die American Medical Association veröffentlichte eine Studie, über einen Zeitraum von 8 Jahren wurden im US-Bundesstaat Pennsylvania mehr als 35.000 Asthma-Patienten zwischen 5f und 90 Jahren untersucht. Die gesammelten Daten wurden mit dem Wohnort der Patienten sowie der Lage und Größe der nächstgelegenen Erdgasförderung abgeglichen. Bei Patienten, die näher an einer großen Zahl von Erdgas-Bohrlöchern oder größeren Förderanlagen lebten, war die Wahrscheinlichkeit von Asthma-Anfällen um 1,5 bis 4mal höher. Man hat auch andere Asthma auslösende Faktoren wie stark befahrene Straßen oder Rauchen berücksichtigt. Das Ergebnis blieb dasselbe.

Allein im betroffenen US-Bundesstaat stieg die Anzahl von Fracking-Bohrlöchern über die

Jahre auf mittlerweile rund 6000 an.

In Deutschland ist Fracking in Schiefer-, Ton-, Mergel- und Kohleflözgestein verboten worden. „Konventionelles Fracking“, beispielsweise in Sandgestein, ist weiterhin erlaubt. Beim Schutz der Häuser vor Bergschäden gilt endlich die Beweislastumkehr. Auch der Schutz des Trinkwassers ist deutlich verbessert worden.

Fracking kann auch sehr hohe Mengen an Treibhausgasen erzeugen. Wird per Fracking gefördertes Erdgas verbrannt, kann – rechnet man die Emissionen bei dessen Gewinnung hinzu – das so klimaschädlich sein wie die Verbrennung von Kohle – und noch mehr. Das gilt auch für die Zeit nach Einstellung der Förderung.

Die Fraktionen der Großen Koalition im Bundestag konnten dem Zwang, den Klimaeffekt zu thematisieren, entgehen, weil das – ohnehin rudimentär geregelte – "Monitoring und Reporting" in der begleitenden Novelle der bergrechtlichen Verordnung versteckt wurde, den Fraktionen also zur Kenntnis gebracht wurde, aber keine Befassung von ihnen verlangte. Was im Text der Verordnung steht, ist dürr, ein Freibrief zur Minder-Berichterstattung. Die US-Umweltbehörde EPA hatte sich ein Jahrzehnt lang an den Satz gehalten, wie er nun in die deutsche bergrechtliche Verordnung hineingeschrieben worden ist. Seit der Einführung des "Monitoring and Reporting" von Treibhausgas-Emissionen bei der Erdgasförderung in den USA haben sich die berichteten Emissionen aus der Erdgasförderung verdoppelt.

Quelle: <http://www.euractiv.de/section/energie-und-umwelt/news/studie-hohes-asthma-risiko-in-der-naehe-von-fracking-anlagen/> 22.7.16

<http://www.klimaretter.info/meinungen/standpunkte/21647-fracking-verordnung-bricht-recht> 31.7.16

Klimagas Methan

NASA-Wissenschaftler und Kollegen von der University of Michigan haben 250 Methanquellen in der Four Corners Region zwischen den US-Bundesstaaten Utah, Colorado, New Mexico und Arizona entdeckt. Dass dort ein hoher Methanausstoß vorhanden war, hatten bereits zuvor Satellitenaufnahmen deutlich gemacht, die genaue Eingrenzung der Quellen war damit aber nicht möglich. Knapp 600.000 Tonnen Methan stößt die Region pro Jahr aus, in der viel Kohle, Öl und Gas gefördert wird. Der Wert liegt dreimal höher als die am Boden gemessenen Emissionen, der Methan-Hotspot ist laut NASA für die größte Konzentration des Treibhausgases in den USA verantwortlich.

Mit zwei am NASA Jet Propulsion Laboratory in Kalifornien entwickelten Absorptionsspektrometern flogen die Forscher fünf Tage über die Region. Die Spektrometer lieferten dabei viel höhere Auflösungen als die Satellitenaufnahmen, auf ein bis drei Meter genau. In der daraus resultierenden Analyse der Four Corners Region sei jede einzelne Methanwolke zu erkennen.

Die Four Corners Region ist das größte Produktionsgebiet von Flözgas in den USA. Hier werden jährlich mehr als 20 Megatonnen Methan gefördert, das bei der Kohleförderung im Kohletagebau anfällt. Neben der Kohleförderung werden in dem Vierländereck große Mengen Erdgas und Fracking-Gas gewonnen. Die Gasförderung ist laut Studie auch für „ein Gros der Emissionen“ verantwortlich. Bei der Spurensuche nach Methanquellen stießen die Wissenschaftler auf undichte Bohrköpfe, unerwartet große Emissionen aus Speichertanks und Leckagen in Verarbeitungsanlagen. Darüber hinaus wurden einige natürliche Methanquellen aufgespürt. In Zusammenarbeit mit einem Bodenteam, das die Quellen genauer untersuchte, konnten auch zwei kleinere Pipelinelecks entdeckt werden,

die die Betreiber anschließend reparierten.

Nun geht es einen Schritt weiter: Mit Spektrometern ausgestattete Satelliten sollen in Zukunft mit einer Auflösung von zehn Metern auf die Jagd nach Methanquellen gehen.

Quelle: http://www.sonnenseite.com/de/umwelt/nasa-deckt-250-gefaehrliche-methanquellen-auf.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2027.%20August%202016%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter 24.8.16, energiezeitung.eu

EEG-Reform

Nach der Verabschiedung des EEG 2017 seien die Akteure der Windenergie-Branche verunsichert. Viele fragten sich, ob mit dem Ausschreibungssystem noch eine faire Marktteilnahme möglich sei. Wer am 31.12.16 eine Genehmigung hat, muss optional bis 1.3.17 entscheiden, ob er in Ausschreibung gehen will.

Während die Menschen in den Städten durchweg für die Energiewende sind, macht der ländliche Raum sie überhaupt erst möglich. Deshalb brauchen wir endlich ein Signal an die Bevölkerung im ländlichen Raum, dass die Menschen hier selbst etwas konkret Messbares von der Energiewende haben. Es braucht eine Option den preiswerten Windstrom direkt an die lokale Bevölkerung abzugeben.

Für sinnvolle regionale Lösungen fehlt es an einem gesetzlichen Rahmen.

Quelle: http://www.sonnenseite.com/de/energie/norddeutschland-kann-taktgeber-bei-sektorenkopplung-werden.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2021.%20August%202016%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter 18.8.16, Bundesverband WindEnergie e.V.

Die im EEG geplante Ausschreibungsregel ist für Bürgerenergie ungeeignet. Die Zahl der Neugründungen von Energiegenossenschaften ist mit insgesamt 40 in 2015 im Vergleich zum Vorjahr um weitere 25 Prozent zurückgegangen.

Bei den Nahwärmegenossenschaften sind 145 Genossenschaften gegründet worden, mehr als 50 allein in den vergangenen 3 Jahren. Da 65% der Wärmegenossenschaften eine Biogasanlage als Hauptwärmequelle haben, ist perspektivisch eine Anschlussförderung für diese Anlagen erforderlich. Schließlich ist die Laufzeit des Wärmenetzes oftmals länger als die 20-jährige EEG-Vergütung für die Biogasanlage.

Quelle: http://www.sonnenseite.com/de/politik/im-eeg-geplante-ausschreibungsregel-fuer-buergerenergie-ungeeignet.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2009.%20Juli%202016%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter 7.7.16, Agentur für Erneuerbare Energien (AEE)

Der Eigenverbrauch bei EEG-Bestandsanlagen soll weiterhin von der EEG-Umlage befreit bleiben, solange die Anlagen nicht grundlegend modernisiert werden. Auch die technologieübergreifenden Ausschreibungen für Windkraft und Photovoltaik, die 2018 getestet werden sollen, sind Teil der Einigung zwischen Berlin und Brüssel.

Im Kern gehe es bei der Einigung etwa um die Eigenversorgung. Berlin und Brüssel hätten sich darauf verständigt, dass der Eigenverbrauch aus Bestandsanlagen im EEG vollständig von der anteiligen Umlagezahlung befreit bleibe. Mit dem EEG 2014 hatte die Bundesregierung den Eigenverbrauch aus EEG-Anlagen zunächst mit 30%, mittlerweile mit 40% EEG-Umlage belastet. Dies bleibe auch für alle Neuanlagen so bestehen. Wenn

Bestandsanlagen aus dem EEG substanziell modernisiert würden, müssten sie danach 20 Prozent EEG-Umlage für den Eigenverbrauch zahlen, so das Bundeswirtschaftsministerium zur Einigung. Für die Umsetzung dieser Vorgaben werde im Herbst eine gesetzliche Anpassung des EEG erfolgen. Das Änderungsgesetz erarbeite das Bundeswirtschaftsministerium derzeit und es solle im Herbst den Ländern und Verbänden zur Stellungnahme vorgelegt werden.

Der Bundesverband Erneuerbare Energie (BEE) begrüßte zwar grundsätzlich die Einigung zwischen Brüssel und Berlin, die mehr Planungssicherheit für die Energiebranche insgesamt bringe. Im Punkt der EEG-Umlagebefreiung bei Eigenverbrauch kritisierte Geschäftsführer Hermann Falk: „Es ist für uns nicht nachvollziehbar, warum der Einsatz von Strom aus Braunkohlekraftwerken beim Braunkohletagebau weiterhin von der EEG-Umlage ausgenommen bleibt und damit die EEG-Umlage erhöht. Strom aus Erneuerbare Energie-Anlagen, die größer als 10 kW installierter Leistung sind, wird hingegen mit einem Teil der EEG-Umlage belastet.“ Ab 2018 wird es zudem noch die im EEG 2017 vorgesehene sogenannte Innovationsausschreibung von 50 MW pro Jahr für besonders systemdienliche Anlagen geben.

Bei Kraft-Wärme-Kopplungs-(KWK)-Anlagen wird es Ausschreibungen für kleine Anlagen zwischen 1 und 50 MW Leistung geben. Die Ausschreibungen sollen im Winter 2017/18 beginnen.

Die Entlastung der energieintensiven Industrie bei der KWKG-Umlage wird bleiben.

Quelle: http://www.sonnenseite.com/de/politik/eigenverbrauch-aus-eeg-bestandsanlagen-bleibt-von-umlage-befreit.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2003.%20September%202016%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter 31.8.16. pv-magazine.de

Nach der „Mieterstrom-Regelung“ soll es für Vermieter künftig möglich sein, ihren selbst produzierten Solarstrom ohne EEG-Umlage (6,35 ct/kWh netto) auch an ihre Mieter weiterzugeben.

Deutschland verfehlt seine Ziele im Ausbau der verbauten Solaranlagenkapazität bisher deutlich. Statt der geplanten 2,5 GW pro Jahr sind 2015 nur etwa 1,3 GW hinzugekommen.

Quelle: http://www.sonnenseite.com/de/wirtschaft/keine-eeg-umlage-mehr-fuer-vermieter-mit-photovoltaik-anlagen-faellig.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2009.%20Juli%202016%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter 8.7.16

Freistellung von der EEG-Umlage

Im vergangenen Jahr wurden 717 Anträge von stromkostenintensiven Unternehmen auf teilweise Befreiung von der Umlage nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz auf selbst verbrauchten Strom genehmigt (EEG-Umlage gemäß § 64 EEG 2014). Insgesamt wurden 775 Anträge gestellt. Die privilegierte Strommenge betrug 70.124 Gigawattstunden (GWh). Die finanzielle Entlastung der Industrie lag bei 3.403 Millionen Euro (2014: 3.333 Millionen Euro).

Die größte Gruppe der teilweise von der Umlage befreiten Unternehmen gehörte gemessen an der Zahl der Anträge der Branche der chemischen Industrie an (195 Anträge gestellt, 185 bewilligt) bei einer privilegierten Strommenge von 28.567 GWh und einer Entlastung von 1.395 Millionen Euro, gefolgt von der Metallindustrie (166 gestellt, 145

bewilligt, 4.481 GWh, 205 Millionen Euro) sowie der Papierindustrie (107 gestellt, 104 bewilligt, 11.847 GWh, 578 Millionen Euro).

http://www.sonnenseite.com/de/wirtschaft/eeg-umlage-industrie-wurde-2015-um-34-milliarden-euro-entlastet.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2023.%20Juli%202016%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter
19.7.16

Windkraft ist keine Gefahr für Vögelarten

Im kürzlich vorgelegten Abschlussbericht des Forschungsprojekts Progress, der bisher umfassendsten Untersuchung über Kollisionsrisiken von Vögeln mit Windkraftanlagen, kann keine Bestandsgefährdung von Vogelarten nachgewiesen werden.

Für wenige Vogelarten, vor allem für Mäusebussard und Rotmilan, sehen die Autoren Anzeichen dafür, „dass durch den derzeitigen Ausbauzustand bereits Kollisionsraten auftreten, die zu einem Bestandsrückgang führen können. Eine Bestandsgefährdung ist nicht nachgewiesen worden.

http://www.sonnenseite.com/de/umwelt/ausbau-der-windkraft-ist-keine-gefahr-fuer-den-bestand-von-vogelarten.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2023.%20Juli%202016%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter
22.7.16

krebserregende Mineralöle in Lebensmitteln

Jedes vierte bei amtlichen Kontrollen getestete Lebensmittel ist mit krebverdächtigen Mineralölen belastet. Das ergibt eine Auswertung von Behördenmessungen für die Jahre 2011 bis 2015. In Nordrhein-Westfalen zum Beispiel waren 34,5 Prozent der untersuchten 206 Produkte mit den potenziell krebserregenden und erbgutverändernden aromatischen Mineralölen (MOAH) belastet. In Niedersachsen waren es 28 von 194 Lebensmitteln. Ein besonders häufig verunreinigtes Produkt ist Weizengrieß: Mehr als jedes dritte war belastet. Für ein regelmäßig von Kindern verzehrtes Grundnahrungsmittel sind solche Befunde aus Sicht von foodwatch inakzeptabel. Eine vollständige Übersicht über Herstellernamen oder genaue Produkt-Bezeichnungen mit Chargennummern teilten die Behörden nicht mit. Unter den belasteten Produkten befinden sich jedoch „Gemelli“-Nudeln der Firma Barilla, Risotto-Reis von Uncle Ben's und Weizengrieß von Edeka. Mineralöle können auf unterschiedlichen Wegen in Lebensmittel gelangen. Eine wesentliche Quelle sind Altpapier-Verpackungen und Pappkartons, die bis zu 250 verschiedene Chemikalien enthalten und die zur Lagerung und zum Transport von Lebensmitteln verwendet werden. Aber auch in der Produktion verwendete Maschinenöle oder Abgase aus Industrie und Verkehr können Produkte verunreinigen.

Hierfür sei eine Mineralölverordnung nötig, die Hersteller verpflichtet, sogenannte funktionelle Barrieren einzusetzen: Mit einem geeigneten Innenbeutel oder einer Beschichtung der Verpackung ließen sich Produkt und Verpackung voneinander trennen, sodass weder Mineralöle noch hunderte weitere, zum Teil gesundheitsgefährdende Chemikalien auf die Produkte übergehen können. Zudem fordert die Verbraucherorganisation strikte Höchstwerte für Mineralöle in Lebensmitteln. Für die besonders kritischen aromatischen Mineralöle (MOAH) müsse eine Null-Toleranz gelten. Quelle: <http://www.sonnenseite.com/de/tipps/behoerden-finden-krebsverdaechtige->

[mineraloele-in-jedem-vierten-getesteten-lebensmittel.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2030.%20Juli%202016%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter](http://www.mineraloele-in-jedem-vierten-getesteten-lebensmittel.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2030.%20Juli%202016%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter) 29.7.16, foodwatch
http://www.bfr.bund.de/de/fragen_und_antworten_zu_mineraloelbestandteilen_in_schokolade_aus_adventskalendern_und_anderen_lebensmitteln-132213.html#topic_132223 BfR 26.11.15

Bayer übernimmt Monsanto

Bayer übernimmt für 66 Milliarden Dollar Monsanto. Damit entsteht der mit Abstand größte Agrochemie-Konzern der Welt. Bei den Pestiziden erreichen Bayer und Monsanto zusammen einen Marktanteil von rund 25%, beim Saatgut für gentechnisch veränderte und konventionelle Ackerfrüchte einen von rund 30%. Allein die Gen-Pflanzen betrachtet, erreichen die beiden Gesellschaften vereint mit weit über 90% sogar eine klare Monopol-Stellung.

http://www.sonnenseite.com/de/zukunft/bayers-monsanto-uebernahme-ein-schwarzer-tag-fuer-die-welternahrung.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2017.%20September%202016%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter 14.9.16 <http://www.cbgnetwork.org/>

EU-Mitgliedsstaaten für eingeschränkte Glyphosat- Nutzung

Die EU-Mitgliedstaaten haben gestern einem Kommissionsvorschlag zugestimmt, das Pflanzenschutzmittel Glyphosat bis zur endgültigen Prüfung durch die EU-Chemikalienagentur ECHA nur eingeschränkt zu verwenden. Die Experten der Mitgliedsstaaten im zuständigen Ständigen Ausschuss für Pflanzen, Tiere, Lebensmittel und Futtermittel stimmten gestern mit einer Mehrheit für ein Verbot bestimmter Beistoffe (so genannter PEO-Tallowamine) für Glyphosat-Produkte sowie für ein Verbot der Verwendung von Glyphosat in öffentlichen Parks, Spielplätzen und Gärten. Bis 2017 soll die EU-Chemikalienagentur ECHA in einem neuen Gutachten mögliche gesundheitsschädliche Auswirkungen von Glyphosat klären.

http://www.sonnenseite.com/de/politik/glyphosat-eu-mitgliedsstaaten-stimmen-fuer-vorschlag-der-kommission-zu-eingeschraenker-nutzung.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2016.%20Juli%202016%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter 12.7.16

Die Zulassung von Glyphosat wurde um 18 Monate verlängert. Pflanzenschutzmitteln auf Glyphosatbasis, einschließlich Monsanto's RoundUp, dürfen somit keine POE-Tallowamine mehr beigemischt werden. Talgfettaminooxethylat (engl. Polyethoxylated tallow amine, POEA) ist ein Tensid, das die Wirksamkeit von Pflanzenschutzmitteln wie Glyphosat verstärkt.

Zusätzlich soll strenger geprüft werden, ob Glyphosat vor der Ernte genutzt werden kann. Auch in öffentlichen Parks oder auf Spielplätzen darf es nur noch unter bestimmten Bedingungen verwendet werden.

Deutschland war eines der sechs Länder, die sich enthielten. Eigentlich ist die Nutzung von POE-Tallowaminen in der Bundesrepublik bereits untersagt.

Quelle: <http://www.euractiv.de/section/gesundheit-und-verbraucherschutz/news/eu-verbietet-beistoff-von-glyphosat/> 12.7.16

Crispr/Cas9-Technik

Das Crispr/Cas 9-Verfahren hat die französische Biologin Emmanuelle Charpentier 2012 bei Bakterien entdeckt, die damit Viren abwehren. Crispr steht ausgesprochen für: Clustered Regularly Interspaced Short Palindromic Repeats: sich wiederholende DNA-Sequenzen, die Teil eines bakteriellen Abwehrsystems sind. Cas9 ist das Enzym, das den DNA-Doppelstrangbruch dann ausführt. Damit lassen sich Gene einfügen, ausschneiden oder verändern.

Bayer CropScience versucht das Ergebnis dieses gentechnische Verfahrens als Nicht-GMO darzustellen, um die aufwendigen Risikoprüfungen und die Kennzeichnung zu vermeiden. Es treten aber auch bei diesem Verfahren Zielungenauigkeiten auf. Man muss auch die Enzyme in die Zellen hineinbringen und durch diese Methoden des Reinbringens werden auch schon wieder Sachen verändert und beeinflusst, die man gar nicht beabsichtigt hat.

Da das Verfahren nur wenige Spuren hinterläßt, funktioniert auch das Monitoring nicht mehr wie bisher. Das bedeutet: die Folge muß eine umfassende Regulierung sein, wo die neuen Verfahren angewendet werden. Sie dürfen nur angewendet werden, wenn eine Identifizierbarkeit sichergestellt werden kann.

http://www.deutschlandfunk.de/gentechnik-in-der-landwirtschaft-ohne-kennzeichnung-in-den.724.de.html?dram:article_id=365579 11.9.16

Massentierhaltung

Umwelt- und Bauministerin Barbara Hendricks (SPD) will den Bau von großen Ställen und Mastanlagen neu regulieren. Künftig soll für alle Mastanlagen ein Bebauungsplan vorgeschrieben sein. Bisher gibt es eine Ausnahme für den Bau von Mastanlagen und großen Ställen: Wenn die Betreiber so viel Land besitzen, dass sie ihre Tiere theoretisch selbst ernähren könnten, brauchen sie keinen Bebauungsplan.

Umweltverbände begrüßten den Vorschlag der Ministerin. "Zum Schutz unseres Klimas und des Grundwassers muss die Tierhaltung zukünftig wieder an die Fläche gebunden werden und es braucht regionale sowie betriebliche Obergrenzen", forderte BUND-Chef Hubert Weiger.

Weil Massentierhaltung eigentlich in den Zuständigkeitsbereich von Agrarminister Christian Schmidt (CSU) fällt, wird es hier wohl zu einer Auseinandersetzung kommen.

<http://www.klimaretter.info/politik/nachricht/21797-hendricks-will-massentierhaltung-einschraenken> 24.8.16

Arktisches Meereis

Im September 2016 ist die Fläche des Arktischen Meereises auf eine Größe von knapp 4,1 Millionen Quadratkilometern abgeschmolzen. Dies ist die zweitkleinste Fläche seit Beginn der Satellitenmessungen. Weniger Meereis gab es nur im Negativ-Rekord-Jahr 2012 mit 3,4 Millionen Quadratkilometern.

Das neu gebildete, erstjährige Eis war in diesem Jahr sehr dünn, kaum dicker als einen Meter. Normalerweise ist es beinahe doppelt so dick.

Auch ganz zentral in der Nähe des Nordpols zeigt das Meereis in diesem Jahr viele offene Wasserflächen.

Seit Ende August 2016 sind die Nordost- und die Nordwestpassage in der Arktis wieder offen. Die südliche Route der Nordwestpassage wurde in diesen Wochen von Yachten und einem Kreuzfahrtschiff durchfahren. Beide Schiffspassagen waren erstmals im Jahr 2008 gleichzeitig passierbar.

Der Rückzug des arktischen Meereises ist ein deutlicher Hinweis, dass die globale Erwärmung ungebremst fortschreitet.

Quelle: http://www.sonnenseite.com/de/umwelt/offenes-wasser-um-den-nordpol-arktisches-meereis-auf-dem-rueckzug.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%202017.%20September%202016%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter 15.9.16, Alfred-Wegener-Institut

Erderwärmung

Am 3.8.16 wurde in den USA der neuste Sachstandbericht über den Klimazustand der Erde vom US-Wetterdienst (National Weather Service), der zur US-Wetterbehörde NOAA gehört, veröffentlicht.

Die Erderwärmung scheint völlig außer Kontrolle zu geraten. So ist das Jahr 2015 das bisher wärmste Jahr seit der Aufzeichnung der Erdtemperatur; fast alle Temperaturrekorde in den verschiedenen Weltregionen wurden gebrochen.

Die Zunahme der Erdtemperatur hat sich enorm beschleunigt. So ist 2015 die Erdtemperatur in einem Rekordsprung um ca. 0,1 °C auf ca. 16 °C gestiegen, das bedeutet eine Erwärmung der mittleren Oberflächenerdtemperatur um ca. 1 °C seit dem vorindustriellen Niveau. Sollten diese jährlichen Erwärmungsschritte auch in den nächsten Jahren erfolgen, so wird das Ziel von Paris, möglichst eine Begrenzung der Erderwärmung auf 1,5° C, bereits im Jahre 2020 erreicht sein. Just in dem Jahr, in dem die Pariser Vereinbarung erst in Kraft treten und beginnen soll, ihre Wirkung zur Begrenzung auf 1,5° C zu entfalten. Selbst wenn die Abschwächung des El Nino, der in 2015 einen großen Anteil an den Rekordtemperatursprüngen hatte, eine etwas langsamere Erwärmung als in 2015 erwarten lassen könnte, so kann dies nicht beruhigen.

Quelle: http://www.sonnenseite.com/de/umwelt/das-erdclima-scheint-ausser-kontrolle-zu-geraten.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%202013.%20August%202016%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter 11.8.16

Klimaschutzplan

Das Bundeskanzleramt plant, den Entwurf des Bundesumweltministeriums für einen Klimaschutzplan bis zum Jahr 2050 aufzuweichen. Konkrete Vorschläge zur energetischen Gebäudesanierung, zum Verkehr und zur Zukunft der deutschen Braunkohleverstromung wurden gestrichen. Der im Juni 2016 vorgelegte Entwurf wurde bereits im Vorfeld vom Bundeswirtschaftsministerium stark aufgeweicht.

Kritisch kommentiert das Bundeskanzleramt zum Beispiel den im Klimaschutzplan skizzierten Umbau des Verkehrssektors. Dieser soll nach dem Willen des Umweltministeriums bis 2050 unabhängig von fossilen Kraftstoffen werden und ab 2030 bei Neufahrzeugen ohne konventionelle Verbrennungsmotoren auskommen.

Die DUH fordert weitere Zielsetzungen bei Effizienzstandards, auch für Elektroantriebe. Kontraproduktive Subventionen wie die steuerliche Begünstigung von Dieselmotoren oder die aktuelle Form der Dienstwagenbesteuerung sowie wirkungslose Kaufprämien für

Elektroautos seien der falsche Weg.

Auch der Gebäudebestand muss bis 2050 nahezu klimaneutral werden, um die Klimaziele zu erreichen. Der Primärenergiebedarf im Gebäudebereich muss bis 2050 um 80% gegenüber 2008 gesenkt werden. Selbst Verweise auf den Bericht des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) sollen gestrichen werden.

Quelle: http://www.sonnenseite.com/de/politik/kanzleramt-torpediert-den-klimaschutzplan.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2030.%20Juli%202016%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter
28.7.16, Deutsche Umwelthilfe

Auf El Niño folgt La Niña

Nach dem besonders heftigen El Niño im vergangenen Jahr rechnen Meteorologen nun auch noch mit dem Eintreten des Klimaphänomens La Niña, das die betroffenen Länder mit gegenteilig wirkenden Wetterextremen treffen könnte. Der große Bruder El Niño, spanisch für das Christuskind, verändert die Meeresströme und das Klima, sodass sich östliche Teile des Pazifiks erwärmen und der Westpazifik abkühlt. Dadurch kommt es unter anderem im nordöstlichen Australien, Südostasien und Ostafrika zu Starkregen, in Süd- und Nordamerika sowie Südafrika dagegen zu Dürrezeiten. Gerade weil die betroffenen Regionen zuvor genau den gegenteiligen Klimaveränderungen ausgesetzt waren, können die eigentlich schwächeren Auswirkungen von La Niña besonders schlimme Folgen haben.

Laut den Wissenschaftlern der amerikanischen Ozean- und Atmosphärenbehörde NOAA beträgt die Wahrscheinlichkeit, dass es in diesem Herbst und Winter zu La Niña kommt, etwa 75%. Erste Vorzeichen wie auffällige Veränderungen der Wassertemperaturen seien bereits gemessen worden. Im südlichen Afrika drohen in den kommenden Monaten daher überdurchschnittliche Niederschläge.

Nach Überschwemmungen drohen nun Dürren, nach großer Trockenheit wiederum Überschwemmungen.

Quelle: http://www.sonnenseite.com/de/umwelt/klimakapriolen-auf-el-nio-folgt-la-nia.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2023.%20Juli%202016%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter 17.7.16, energieukunft.eu

Gletscherschwund in Afrika

Nur noch 15 Jahre gibt der britische Geologe Richard Taylor dem Gletscher im Ruwenzori-Gebirge in Westuganda. Der Eispanzer auf rund 5000 m Seehöhe speist immerhin Nil und Kongo, die zwei größten Flüsse Afrikas, und auch den größten See des Kontinents, den Lake Viktoria. Nicht auszudenken, wenn diese hochwertige Wasserressource bis 2030 versiegt, wie Taylor vermutet.

Das von dichten Regenwäldern bedeckte Ruwenzori-Massiv liegt nur wenige Kilometer nördlich des Äquators und wurde bereits vor 2.000 Jahren auf den Landkarten des griechischen Geographen Ptolemäus als "Mondgebirge" erwähnt. 1906, als die Ruwenzori-Gletscher erstmals erforscht wurden, bedeckten noch etwa 6,5 Quadratkilometer Eis das Bergmassiv. Heute ist davon nur noch knapp ein Quadratkilometer übrig. Allein zwischen 1987 und 2003 hat sich die Eisfläche halbiert. Durch den Klimawandel werden die Trocken- und Regenzeiten immer fließender.

Kommunen im Ruwenzori-Gebiet erleben bereits heute eine Zunahme von Hochwasserereignissen, die Häuser, Ernten, Gehwege, Transport- und Verkehrsverbindungen sowie Wasserkleinkraftwerke zerstören. Längere mit der Intensivierung der Niederschläge im Zusammenhang stehende Dürren beeinträchtigen ebenso die Agrarproduktion, sodass die Nachfrage für aufwändige Bewässerungssysteme steigt.

Quelle: http://www.sonnenseite.com/de/umwelt/klimawandel-abschied-von-den-mondbergen.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%202023.%20Juli%202016%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter 21.7.16

G20-Gipfel

Nach dem letzten G20-Gipfel im vergangenen Jahr im türkischen Antalya fan nun der G20-Gipfel im chinesischen Hangzhou statt

Kurz vor Beginn der G20-Gespräche haben die USA und China das Klimaabkommen ratifiziert. Experten gehen davon aus, dass dessen Inkrafttreten nun deutlich näher rückt: Der Klimavertrag wird in Kraft gesetzt, nachdem 55 Länder, die 55 Prozent der globalen Emissionen ausmachen, das Abkommen ratifiziert haben. Die USA und China sind zusammen für knapp 40 Prozent der globalen Treibhausgasemissionen verantwortlich. Die Teilnehmer des G7-Gipfels im Juni hatten sich darauf geeinigt, zumindest den "ineffizienten" Teil ihrer Subventionen bis zum Jahr 2025 einzustellen. Die USA wollen nun, dass sich auch die G20-Länder auf ein Datum zur Abschaffung dieser Subventionen einigen. Widerstand dürfte hier aus Indien kommen. Die G20-Länder sind zusammen für 93 % des globalen Kohleverbrauchs verantwortlich, wie der Ölkonzern BP ausgerechnet hat.

Gemäß dem Forschungsverbund Climate Action Tracker sind weltweit 2.440 Kohlekraftwerke im Bau oder geplant – die meisten davon in G20-Mitgliedsländern.

Quelle: <http://www.klimaretter.info/politik/hintergrund/21853-g20-gipfel-der-klimawandel-ist-das-einfachste-problem> 3.9.16

Treibhausgasemissionen der G20

Trotz vermehrter Anzeichen, dass der Anstieg der energiebedingten CO₂-Emissionen gestoppt ist, müssen die G20-Staaten ihre Anstrengungen deutlich vergrößern, um den Einstieg in eine treibhausgasneutrale Welt zu organisieren, so wie sie das Pariser Klimaabkommen anstrebt. Prioritäten müssten insbesondere in den Bereichen Kohleverstromung, Subventionsabbau für fossile Energien und bei einer langfristigen Rahmensetzung für die Klimapolitik gesetzt werden.

Zu diesem Schluss kommt eine heute in Peking von "Climate Transparency" veröffentlichte Studie. An dem wenige Tage vor dem G20-Gipfel in China von dem internationalen Konsortium veröffentlichten Report arbeiteten Experten verschiedener Organisationen aus aller Welt.

Die G20-Staaten sind für rund drei Viertel der weltweiten Treibhausgasemissionen verantwortlich, allein die energiebedingten Emissionen sind von 1990 bis 2013 um mehr als die Hälfte gewachsen (56%). Die gute Nachricht ist: Dieses CO₂-Wachstum ist zum Stillstand gekommen. Während beim Neubau von Kraftwerken inzwischen die Erneuerbaren Energien mehr als die Hälfte der Investitionen ausmachen, dominieren aber

in den bestehenden Energiesystemen in den G20-Staaten noch immer die braunen Energieträger Kohle, Öl und Gas.

"Unsere Studie zeigt zweierlei: Auf der einen Seite scheint das Wachstum der globalen Emissionen beendet zu sein. Auf der anderen Seite entfaltet der Umbau von der fossilen zur grünen Wirtschaft noch nicht genug Dynamik", sagt Jan Burck von Germanwatch, Die Bewertung für Deutschland fällt zwiespältig aus: Lange Weltmeister beim Ausbau der Erneuerbaren Energien und vorbildlich bei der internationalen Klimafinanzierung - allerdings bereiten der immer noch sehr hohe Anteil von Kohleverstromung und Subventionen für fossile Energien Sorgen.

Bei der Investitionsattraktivität in Erneuerbare Energien rangieren China, Indien, Frankreich, Deutschland, die USA und Großbritannien an der Spitze der G20. Russland, Saudi-Arabien und die Türkei bilden das Schlusslicht. Die künftige Entwicklung Chinas und Indiens wird die größten Auswirkungen auf das Klima haben.

Die große Anzahl geplanter Kohlekraftwerke in den G20-Staaten stellt laut der Studie ein Hauptproblem dar. Würden alle Planungen tatsächlich umgesetzt, liefe das nahezu auf eine Verdopplung des Kohleverbrauchs hinaus.

Die jährliche Menge der Primärenergie aus Erneuerbaren Energien ist in den G20-Staaten seit 2008 um 18 % gewachsen.

Quelle: http://www.sonnenseite.com/de/politik/g20-trotz-positiver-entwicklungen-noch-nicht-auf-dem-weg-in-eine-welt-ohne-kohle-oel-und-gas.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2003.%20September%202016%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter 1.9.16, Germanwatch

Emissionsziele im US Verkehrssektor

Kurz vor Ende seiner Amtszeit verschärft US-Präsident Barack Obama die Spritverbrauchsvorgaben für Lkw und andere Nutzfahrzeuge. Damit sollen die CO₂-Emissionen gesenkt werden.

Schwere Nutzfahrzeuge wie Sattelschlepper, Lkw und Busse machen auf den amerikanischen Straßen nur 5% aller Fahrzeuge aus, sind aber für 20% aller CO₂-Emissionen im US Verkehrssektor verantwortlich.

Bereits vor vier Jahren zwang sie die Branche, den Kohlendioxidausstoß bei neuen schweren Nutzfahrzeugen zu reduzieren. Jetzt hat die US Regierung der Branche ein neues Ziel gesetzt: Sie muss den CO₂-Ausstoß neuer schwerer Lkw von 2021 bis 2027 um bis zu 25 % senken.

Zwar kostet ein klimafreundlicheres schweres Nutzfahrzeug im Schnitt 14.000 US-Dollar mehr. Dem steht aber auch die Chance gegenüber, innerhalb der nächsten zehn Jahre Spritkosten in der Höhe von insgesamt 170 Milliarden Dollar zu sparen.

Betreiber der Sattelzugmaschinen, können ihre Ausgaben für die Technikverbesserungen innerhalb von zwei Jahren durch Treibstoffeinsparungen kompensieren."

Doch das heiße Eisen, nämlich die Suche nach CO₂-armen oder sogar CO₂-freien Alternativen zu Diesel und Benzin, werde nicht angepackt.

Quelle: http://www.deutschlandfunk.de/usa-obama-setzt-letzte-umweltpolitische-plaene-um.697.de.html?dram:article_id=363437 18.8.16

Allergien

Die aktuellen Forschungen zeigen, dass sich die Anzahl der Menschen, die aufgrund von Ragweed-Pollen (Ambrosia, Traubenkraut) an Heuschnupfen leiden, in nur 35 Jahren auf Grund des Klimawandels verdoppeln könnte – und zwar von derzeit 33 auf 77 Millionen.

Die ForscherInnen nehmen an, dass der Klimawandel für zwei Drittel dieses Anstiegs verantwortlich ist. Höhere Ragweed-Pollen-Konzentrationen und eine längere Ragweed-Pollen-Saison können auch den Schweregrad der Symptome verstärken.

Heuschnupfen ist ein allergischer Zustand, von dem bereits rund 40% der Europäer irgendwann einmal in ihrem Leben betroffen sind. Er wird durch eine Allergie auf Pollen ausgelöst – dazu gehören Baumpollen, Gräserpollen oder Kräuterpollen.

Ragweed ist eine Pflanze, die sich besonders rasch ausbreitet, ihre Pollen sind ein weitverbreitetes Allergen. Eine einzige Pflanze kann etwa eine Milliarde von Pollenkörnern pro Saison produzieren.

Die Anzahl der Menschen, die von Ragweed-Pollen betroffen sind, werden sich in Europa höchstwahrscheinlich von 33 auf 77 Millionen Menschen mehr als verdoppeln bis zum Jahr 2050.

Das Problem wird sich in Ländern mit einem bereits existierenden Ragweed-Problem, wie in Ungarn und Kroatien, möglicherweise noch verstärken, aber auch in Deutschland, Polen und Frankreich.“ Höhere Pollen-Konzentrationen und eine längere Ragweed-Pollensaison können auch den Schweregrad der Symptome verstärken. Die aktuellen Prognosen weisen darauf hin, dass die Ragweed-Saison in den meisten Teilen Europas von Mitte September bis Mitte Oktober andauern wird.

Quelle: http://www.sonnenseite.com/de/umwelt/klimawandel-koennte-fuer-millionen-menschen-neue-heuschnupfen-welle-ausloesen.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2003.%20September%202016%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter 28.8.16, Uni Wien

Kohlenstoffumsatz in Ökosystemen

Bisher ist weitgehend unbekannt, wie lange Kohlenstoff in der Biomasse verbleibt, bevor er wieder in den Kreislauf, also in die Atmosphäre oder Böden, weitergegeben wird (biomass turnover time), und welche Faktoren diese zentrale Größe beeinflussen. Eine aktuelle Publikation in Nature Geoscience zeigt nun, dass sich die Geschwindigkeit des Kohlenstoffumsatzes in der Vegetation durch den Einfluss des Menschen verdoppelt.

Die Ergebnisse, aktuell vorgestellt in Nature Geoscience, zeigen nun, dass der Kohlenstoffumsatz durch die Landnutzung doppelt so schnell abläuft. Die Beschleunigung betrifft alle Biome und ungefähr in gleicher Weise, aber es gibt entscheidende Unterschiede zwischen den Landnutzungstypen. Die Umwandlung von Wald in Agrarflächen führt zu massiven Beschleunigungseffekten, aber auch die Nutzung von Wäldern und natürlichen Grasländern ist bedeutsam, wenn auch pro Flächeneinheit deutlich geringer. Aber deren Flächen sind, global gesehen, deutlich größer. Daher ist in Summe der Umbruch von Wäldern zu landwirtschaftlichen Flächen für 59 Prozent, die Forstwirtschaft für 26 Prozent und die Nutzung der natürlichen Weideflächen für 15 Prozent der Beschleunigung verantwortlich. Insbesondere die Nutzung der Wälder und der natürlichen Grasländer ist in vielen Studien nicht berücksichtigt.

Quelle: http://www.sonnenseite.com/de/wissenschaft/kohlenstoffumsatz-in-oekosystemen-wird-durch-landnutzung-doppelt-so-schnell.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite

Plastik-Giftcocktails

Zu alarmierenden Ergebnissen kommt die Untersuchung von Mikroplastik im Sediment von Elbe, Weser, Trave, der Boddengewässer und der Nord- und Ostsee: Mikroplastik bindet deutlich mehr Schad- und Giftstoffe im Sediment als bisher vermutet.

Die kleinen Plastikteilchen sind um das Drei- bis Vierfache stärker belastet als das ohnehin schon kontaminierte Sediment.

Was man bis jetzt weiß ist, dass kleinste Plastikteile die umgebenden Schadstoffe an sich binden. Lagern sie sich im Sediment ab, können sie durch Würmer, Muscheln und Fische in die menschliche Nahrungskette gelangen.

Schlickhaltiges Sediment nimmt im Gegensatz zu sandhaltigem deutlich mehr Schadstoffe auf, was im Umkehrschluss auch mit einer höheren Belastung des Mikroplastiks einhergeht. Darüber hinaus können wir mit den Ergebnissen der untersuchten Silikon-Proben aus den Probensammlern und vergleichenden Labortests auf die schadstoffbindenden Eigenschaften von Polyethylen schließen. Demnach bindet Polyethylen noch einmal etwa doppelt so viele Schadstoffe wie Silikon. Polyethylen ist der in der Industrie meistverwendete Kunststoff.

Die Ergebnisse der Untersuchungen zeigen, dass insbesondere Mikroplastik aus Weser- und Elbsedimenten erhöht mit PCBs belastet ist. Hier traten Konzentrationen im Bereich von 1,5 bis 280 µg pro kg Polyethylen auf.

Die höchste Belastung durch polycyclische aromatische Kohlenwasserstoffe (PAK) wurde in den Hafensedimenten des Stralsunder Hafens und des Fischereihafens Marienehe (Rostock) ermittelt. Dies liegt vorwiegend daran, dass Öl- und Ölprodukte wie Dieselmotoren PAK enthalten – einige davon sind krebserzeugend. Die maximale Schadstoffbelastung wurde mit bis zu 1400 µg Fluoranthren pro kg Silikon nahe der Kläranlage Lübeck gemessen. Weitere hohe Belastungswerte fand das Team ebenfalls in der Wesermündung und der Warnow bei Rostock.

Quelle: http://www.sonnenseite.com/de/umwelt/schadstoffbelastung-durch-plastik-giftcocktails-im-sediment-hoehere-als-erwartet.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2006.%20August%202016%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter 3.8.16

Bakterien auf Mikroplastik

Mit steigender Wassertemperatur nimmt die Wahrscheinlichkeit zu, dass in Nord- und Ostsee potentiell krankheitserregende Bakterien auftreten. Wissenschaftler haben jetzt nachgewiesen, dass eine Gruppe dieser Bakterien, sogenannte Vibrionen, auch auf Mikroplastikpartikeln leben können. Sie wollen zukünftig die Rolle der Partikel für die Anreicherung und mögliche Verbreitung dieser Bakterien genauer untersuchen.

Es wurden Proben aus dem Meer genommen und untersucht, ob die Bakterien auch von einem neuen Lebensraum profitieren. In Biofilmen auf der Oberfläche von Plastikpartikeln leben Bakterien, Pilze und Kleinstalgen, die in einer Schleimschicht wachsen. Sie sind beispielsweise bekannt als Grundlage für den Bewuchs auf Schiffsrümpfen. Die Zusammensetzung dieser Biofilme variiert dabei abhängig von der Beschaffenheit der

Oberfläche und den Lebewesen im umgebenden Wasser. Aufgrund von Gensequenzierungen lag die Vermutung nahe, dass auch Vibrionen Teil dieser Lebensgemeinschaft sein könnten.

Jetzt ist es den Helgoländer Mikrobiologen erstmalig gelungen, lebende, potentiell humanpathogene Vibrio-Spezies in Biofilmen auf Mikroplastikpartikeln nachzuweisen.

„Das zeigt das Potential auf, dass die Krankheitserreger möglicherweise auf den Partikeln innerhalb eines Ökosystems verteilen und auch darüber verbreiten können.

Quelle: http://www.sonnenseite.com/de/wissenschaft/mikroplastik-krankheitserreger-per-anhalter-durch-nord-und-ostsee.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2023.%20Juli%202016%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter 23.7.16, Alfred-Wegener-Institut

Zersiedelung in Europa nimmt zu

Ein neuer Bericht analysiert erstmals für 32 Länder in Europa die Zersiedelung der Landschaft, die in den vergangenen Jahrzehnten deutlich zugenommen hat.

Der vorliegende Bericht beurteilt für den Zeitraum 2006-2009 erstmals den Grad der Zersiedelung und ihrer wichtigsten Ursachen in allen Ländern der EU und der EFTA. Die Methode ist heute der Standardindikator der Landschaftsbeobachtung Schweiz. Das Team beurteilte Variablen wie den Anteil der überbauten Fläche, das Eindringen von Siedlungsstrukturen in die Landschaft oder die Landnutzungsfläche pro Einwohner oder Arbeitsplatz.

Da in der EU und insbesondere in den östlichen Mitgliedsstaaten der EU große Transport- und Infrastrukturprojekte geplant sind, aber keine verlässlichen kartographische Daten zum Grad der Zersiedelung vorliegen, haben die Europäische Umweltagentur (EEA) und das Bundesamt für Umwelt BAFU der Schweiz eine grenzüberschreitende Karte der Zersiedelung in Europa in Auftrag gegeben, um die Faktoren zu analysieren, welche die Siedlungsaktivitäten vorantreiben.

Die Zersiedelung ist ein typisches Beispiel für einen Entwicklungsprozess, dessen Auswirkungen kontinuierlich zunehmen. Da sich die Landschaft unter dem Siedlungsdruck über lange Zeit nur schleichend verändert, wird diese Entwicklung aber nicht als dramatisch wahrgenommen. Aus diesem Grund unterschätzen Entscheidungsträger und Politiker vielfach die Folgen der Zersiedelung für ländliche Regionen.

Die Zersplitterung der Landschaft ist nicht ausschließlich ein Ergebnis des Bevölkerungswachstums, sie hängt auch direkt mit der zunehmenden Lebensqualität des Menschen zusammen. Vor allem die hohe Nachfrage nach mehr Raum zum Wohnen treibt diese Entwicklung voran. Er hängt unter anderem mit den Sehnsüchten des Menschen zusammen, beispielsweise dem Wunsch nach einem Leben in einem Einfamilienhaus mit Garten.

Die Zunahme der überbauten Fläche zerschneidet die Landschaft mehr und mehr, und damit werden in der Regel auch die Lebensräume vieler einheimischer Tierarten kleiner. Vielfach profitieren davon invasive Organismen, die sich schnell in den Randbereichen frisch zerschnittener Landschaftsräume oder entlang neuer Verkehrswege verbreiten können. Voranschreitende Zersiedelung erhöht im der Regel auch die Menge ausgestoßener Treibhausgase. Schließlich steigen wegen der Zersiedelung die Infrastrukturkosten für Transporte, Wasser und Strom; gleichzeitig werden offene Landschaften seltener und verschiedene Leistungen, die Ökosysteme erbringen,

vermindern sich.

Quelle: http://www.sonnenseite.com/de/wissenschaft/zersiedelung-in-europa-nimmt-zu.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2023.%20Juli%202016%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter 23.7.16, Eidgenössische Forschungsanstalt WSL

BUND legt bei EU Beschwerde gegen Bundesverkehrswegeplan ein

Die Vorgehensweise für den Beschluß des Bundesverkehrswegeplans verstößt nach Ansicht des BUND gegen elementare Beteiligungsrechte. „Deshalb streben wir ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland an“, sagte der BUND-Vorsitzende Hubert Weiger.

Bei den rund 1300 Straßenprojekten des BVWP sind die EU-Vorgaben zur Strategischen Umweltprüfung nicht angewendet und Alternativen nicht geprüft worden. Außerdem lägen weder für Schienen- noch für Straßenbauvorhaben vollständige Netzplanungen vor.

Die über 50 vom BUND fristgerecht eingereichten alternativen Vorschläge zu Straßenneubauvorhaben würden bei ihrer Umsetzung rund 10 Milliarden Euro einsparen.

Trotzdem wurde kein einziger davon ergebnisoffen geprüft.

Vorbildliche Beteiligungsverfahren bei Verkehrsplanungen gebe es bereits in Frankreich, Dänemark, den Niederlanden, Österreich und der Schweiz.

Quelle: http://www.sonnenseite.com/de/mobilitaet/bund-legt-bei-eu-beschwerde-gegen-bundesverkehrswegeplan-ein.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2027.%20August%202016%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter 26.8.16, BUND

Kritik der Umweltverbände am Bundesverkehrswegeplan

- BUND: „Die Straßenbauverwaltungen der Länder, die heute schon überfordert sind, sollen nun noch 1281 neue Fernstraßen planen und zugleich massiv in die Brückenerneuerung und Engpassbeseitigung einsteigen. Es ist bereits jetzt klar, dass Neubau-Prestigeprojekte dem Brückenerhalt und der Engpassbeseitigung vorgezogen werden, denn deren Vorrang ist im Bundesverkehrswegeplan und den Ausbaugesetzen nicht gesichert. Überdimensionierte Autobahnen und mehr als 500 überflüssige Ortsumfahrungen, die keine nennenswerte Entlastung bringen, belasten die Umwelt.“

- NABU: Der Umweltbericht des BVWP dokumentiert zwar die Eingriffe in Natur und Umwelt, nennt aber keine Beispiele, wo eine grundsätzliche Änderung eines Projekts erfolgen sollte. Damit werden alle zwölf aufgeführten Umweltziele verletzt. 170 Natura-2000-Gebiete würden durch den Straßenbau erheblich beeinträchtigt und 250 noch unzerschnittene Großräume und bundesweite Achsen zerstört. Auch die Auswirkungen auf den Flächenverbrauch widersprechen den Zielen der Bundesregierung, denn mit der Umsetzung des Plans müssten täglich drei Hektar Flächen zusätzlich verbraucht werden.“

- VCD:: „Der BVWP ist für den Verkehrsträger Schiene bis heute noch nicht einmal zur Hälfte fertiggestellt. 26 Maßnahmen sind im neuen Plan als vordringlich gekennzeichnet worden, doch für 40 weitere Vorhaben im ‚Potentiellen Bedarf‘ gibt es trotz jahrelanger Vorbereitung noch keine Bewertung. Gerade hier befinden sich noch viele Projekte, die für die Verkehrsverlagerung und damit für mehr Klimaschutz dringend benötigt werden. Hierzu gehören die Engpass-Beseitigung in den Knoten, wo mindestens 5 Mrd. Euro

fehlen, oder auch die Kapazitätserweiterung des Netzes durch Schaffung von Korridoren für 740 m lange Güterzüge.

Quelle: http://www.sonnenseite.com/de/politik/dobrindts-bundesverkehrswegeplan-als-beschlussgrundlage-fuer-das-parlament-ungeeignet.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2003.%20September%202016%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter 1.9.16, DNR
<http://www.dnr.de/>

neue Abgas-Prüfverfahren

Die Tests für die Abgase von Dieselfahrzeugen werden strenger - doch die "Real Driving Emissions" (RDE-Tests) auf der Straße haben immer noch schwere Mängel.

Peter Mock ist vom ICCT, einer internationalen Organisation, die sich für einen möglichst sauberen Verkehr einsetzt, hatte in den USA an der Enthüllung der Volkswagen-Manipulationen mitgewirkt.

Mock schreibt, RDE berücksichtige die in der Regel sehr hohen Emissionen beim Start der Fahrzeuge nicht. Außerdem sei geplant, den bei einem "anspruchsvollen" Fahrverhalten ermittelten Stickoxid-Ausstoß anschließend auf dem Papier "nach unten" zu korrigieren. Gemeint sind besonders forschere Autofahrten, bei denen besonders viele Schadstoffe in die Luft geblasen werden. Wichtig, so sein Fazit, wären daher bessere Prüfverfahren, als sie derzeit vorgesehen sind.

Experte Mock geht davon aus, dass die tatsächliche Umweltverschmutzung auch nach dem Start der RDE-Tests "deutlich höher" liegen dürfte, als es der jeweilige Grenzwert erlaubt. Der beträgt für die neuesten Dieselfahrzeuge eigentlich 80 Milligramm Stickoxide pro Kilometer; er darf zunächst aber ohnehin weit überschritten werden: Bis 2020 erlaubt die EU 168 Milligramm, danach 120 Milligramm.

Und weil es auch beim neuen Messverfahren RDE auf der Straße ebenso wie früher auf dem Prüfstand Ausnahmen zugunsten der Hersteller gebe, geht Mock davon aus, dass selbst die herabgesetzten Grenzwerte von 168 und später 120 Milligramm deutlich überschritten werden - mit Billigung der EU.

So warnt auch Experte Christian Beidl, Professor an der Technischen Universität Darmstadt, dass die RDE-Straßentests für Manipulationen anfällig wären. Nicht ausreichend sei auch der neue, bessere CO₂-Testzyklus, der weiterhin im Labor stattfinden werde. Auch er biete keine höhere Sicherheit", also keinen besseren Schutz vor manipulierten Ergebnissen.

Quelle: <http://www.tagesschau.de/wirtschaft/abgsskandal-diesel-101.html> 30.8.16

Staatsversagen in der Abgasaffäre

Wissenschaftler belasten die Bundesregierung in der Abgasaffäre: Zuständige Stellen hätten die Probleme verschleppt und seien mit der Industrie verflochten.

Gutachter werfen der Bundesregierung im Zusammenhang mit der Abgasaffäre Untätigkeit und Verflechtungen mit der Autoindustrie vor. Die Gutachten sind im Auftrag des Untersuchungsausschusses erstellt worden, den der Bundestag eingesetzt hat, um die Abgasaffäre aufzuklären.

Demnach ist seit Jahren bekannt, dass selbst moderne Dieselfahrzeuge im normalen Fahrbetrieb sehr hohe Emissionen aufwiesen. Motoren seien so manipuliert worden, dass

die Grenzwerte bei Tests gerade noch eingehalten werden. Das betreffe "Dieselfahrzeuge aller Hersteller". Dennoch habe das Kraftfahrtbundesamt (KBA) "keinerlei Initiative ergriffen, diese Problematik anzugehen", schreibt Denis Pöhler vom Institut für Umweltphysik der Universität Heidelberg. "Der Politik und den Behörden ist Versagen vorzuwerfen, die Richtlinien der Emissionsprüfungen nicht angepasst zu haben, obwohl dies mehrfach deutlichen von Experten seit Jahren gefordert wurde", heißt es weiter in dem Gutachten. Pöhler vermutet zudem "zu enge Verflechtungen von KBA und Autoindustrie".

Bundesverkehrsminister Dobrindt hatte sich mit den Aussagen der Autohersteller zu Abschaltvorrichtungen zufrieden gegeben.

Ein weiteres Gutachten widerspricht Aussagen der Autoindustrie, nach denen die Abgasreinigung aus Gründen des Motorschutzes bei bestimmten Temperaturen eingeschränkt werden müsse. Nach aktuellem Kenntnisstand sei es heute möglich, "Motoren so zu konstruieren, dass sie betriebssicher ohne Motorschutzfunktion eingesetzt werden können", urteilt Professor Roland Baar von der Technischen Universität Berlin. Verkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) hatte sich im Verlaufe der Diesellaffäre mit der Aussage der Autohersteller begnügt, die Abschaltvorrichtungen seien zum Schutz der Fahrzeuge unabdingbar und nach EU-Recht zulässig.

Quelle: <http://www.tagesschau.de/wirtschaft/gutachten-untersuchungsausschuss-zur-abgasaffaere-101.html> 26.8.16

Datenschutzbeauftragte zum BND

"Der BND hat ohne Rechtsgrundlage personenbezogene Daten erhoben und systematisch weiter verwendet." so die Bundesdatenschutzbeauftragte Andrea Voßhoff. Der BND verstoße nach Ansicht der Datenschutzbeauftragten systematisch und regelmäßig gegen Grundrechte verstößt.

Die Bundesdatenschutzbeauftragte Voßhoff sah sich vom BND massiv blockiert und hält die Abhör-Vorgänge des Geheimdienstes für teilweise verfassungswidrig. Eine umfassende, effiziente Kontrolle war mir daher nicht möglich", schreibt Voßhoff.

Die Tatsache, dass der BND die Selektorenlisten des US-Geheimdienstes NSA offenbar weitgehend ungeprüft und anlasslos übernehme, sei zudem ein "schwerwiegender Verstoß" gegen das BND-Gesetz.

"In mehrfacher Hinsicht erhebt der BND durch "XKeyscore" personenbezogene Daten, die für seine Aufgabenerfüllung nicht erforderlich sind", heißt es in dem Bericht. In Stichproben habe die Datenschutzbeauftragte festgestellt, daß zu einer einzigen Zielperson "personenbezogene Daten von fünfzehn unbescholtenen Personen erfasst und gespeichert" worden sind. Dass der BND diese Daten gar nicht brauche, sei "unstreitig".

<http://www.tagesschau.de/inland/bnd-315.html> 1.9.16

"Vier bis fünf" von sechs in Bad Aibling geführten Dateien hätten nicht den Anforderungen entsprochen, vom Bundeskanzleramt und der Datenschutzaufsicht abgesegnet worden zu sein. Nicht einmal die BND-Datenschutzbeauftragte sei informiert worden.

Die NSA, der britische GCHQ und andere westliche Geheimdienste greifen in großem Umfang internationale Kommunikation ab, spionieren Unternehmen sowie staatliche Stellen aus und verpflichten Dienstleister im Geheimen zur Kooperation. Einzelheiten dieses totalen Überwachungssystems enthüllen streng geheime Dokumente, die der

Whistleblower und ehemalige NSA-Analyst Edward Snowden an sich gebracht und an Medien weitergegeben hat.

<http://www.heise.de/newsticker/meldung/NSA-Ausschuss-Datenschuetzerin-wirft-BND-grobe-Rechtsverstoesse-vor-2920316.html> 12.11.15

Der frühere Bundesrichter und Abgeordnete Wolfgang Nešković hat die parlamentarische Überwachung von BND & Co. als völlig ineffektiv kritisiert. Der Ex-Bundesdatenschützer Peter Schaar beklagte "riesige kontrollfreie Räume".

Wolfgang Nešković, Ex-Richter am Bundesgerichtshof und früheres Mitglied des Parlamentarischen Kontrollgremiums (PKGr) des Bundestags, räumte zunächst mit dem Mythos auf, dass das PKGr die Nachrichtendienste direkt in den Blick nähme. "Wir kontrollieren die Kontrolltätigkeit der Regierungsaufsicht." Außen vor blieben schon "60 bis 70 Prozent" des BND-Gesamtmaterials, da diese mit Informationen ausländischer Geheimdienste verknüpft und damit für die demokratischen Aufpasser tabu seien. Von sich aus müsse der Auslandsgeheimdienst zudem nur über Vorkommnisse von "besonderer Bedeutung" dem PKGr berichten. Damit hätten die Agenten "letztlich freie Auswahl, was sie vorlegen".

Peter Schaar verwies aus seiner früheren Tätigkeit als Bundesdatenschutzbeauftragter auf "riesige kontrollfreie Räume" beim BND. Die reine Ausland-Ausland-Überwachung dürfe etwa weder von der G10-Kommission des Bundestags geprüft werden noch von der Bundesdatenschutzbehörde. Letzteres habe ihm das Bundesinnenministerium mit "grenzwertigen Schreiben" verdeutlicht.

Die Staatsrechtler Matthias Bäcker und Christoph Gusy waren sich einig, dass der BND vor allem bei der Überwachung rein ausländischer Kommunikation in einem weitgehend rechtsfreien Raum agiere, in dem es keine Speicher- und Löschfristen gebe.

<http://www.heise.de/newsticker/meldung/Experten-Geheimdienstkontrolle-greift-systematisch-daneben-3202775.html> 11.5.16

Deutsche Bank

Das US-Justizministerium verklagt die Deutsche Bank auf 14 Milliarden US-Dollar, wegen ihrer Verwicklung in dubiose Hypothekengeschäfte - und das bei einer Börsenkapitalisierung der Deutschen Bank von etwa 19 Milliarden Dollar. Das Geldhaus hat für Strafzahlungen aber nur Rückstellungen in Höhe von 5,5 Milliarden Dollar.

Auch einheimische Banken hat das US-Justizministerium schon hart bestraft: JP Morgan Chase, Citigroup und Morgan Stanley mussten insgesamt 23 Milliarden Dollar zahlen, nachdem ihnen ähnlich Verfehlungen vorgeworfen wurden wie jetzt der Deutschen Bank. Alle drei US-Banken sind allerdings deutlich größer als die Deutsche Bank. Es wäre die höchste Strafe für ein ausländisches Geldhaus, die die US-Behörden jemals verhängt haben.

Das Hypothekenthema geht auf die Zeit vor der Finanzkrise zurück und betrifft nicht allein die Deutsche Bank. Viele Großbanken hatten sich auf dem amerikanischen Immobilienmarkt über Jahre eine goldene Nase verdient. Sie reichten Hypotheken an mittellose Familien aus und blähten damit ihr Kreditgeschäft auf. Die Risiken wurden anschließend an Investoren weitergereicht – in Form von hochkomplexen Anleihen, die den Banken ebenfalls hohe Gebühren in die Kasse spülten. Und es war die Deutsche Bank, die diese wertlosen Immobilien-CDS an die deutschen Staatsbanken verkaufte.

Als der Markt 2007 kollabierte, erwiesen sich diese Bonds als wertlos. Viele der Käufer fühlten sich über den Tisch gezogen und klagten erfolgreich gegen die Banken. Die höchste Strafe wurde 2014 der Bank of America mit 16,65 Milliarden Dollar aufgebremmt.

Goldman Sachs hatte sich in einem ähnlichen Fall im Januar auf eine Zahlung von 2,4 Mrd. \$ geeinigt. Laut «Handelsblatt» hatte das Justizministerium zunächst 15 Mrd. \$ gefordert.

Die US-Behörden legen jetzt die Axt an die Deutsche Bank, die systemrelevant für Deutschland und die Eurozone ist. Eine gute Strategie braucht die Bank vor allem, wenn sich ihre Reserven wegen hoher Strafzahlungen als zu gering erweisen sollten und sie Aktien verkaufen muss, um Geld zu beschaffen. Cryan versucht, dies zu vermeiden, aber es ist nicht sicher, ob ihm das gelingt. Dann aber käme es zum Schwur: Sollte die Bank einen dringenden Kapitalbedarf nicht über die Börse decken können, begännen Diskussionen über eine Staatsbeteiligung.

Die US-Forderung, umgerechnet 12,5 Milliarden Euro, muss ein Weckruf für Europa sein: Dass sie nur zwei Wochen nach der spektakulären Steuerrückforderung der EU-Kommission gegen Apple über fast die gleiche Summe - 13 Milliarden Euro – kommt, kann kein Zufall sein. Auch hier geht es um Geld für den US-Haushalt: Das US-Finanzministerium will nicht, dass die Europäer Apple besteuern, sondern, wenn denn die Gewinne irgendwann wieder in die USA zurückfließen, die Steuern auch dort landen. Gehörig zur Kasse gebeten wurden die Banken in den vergangenen Jahren aber auch unabhängig von den Immobiliengeschäften vor der Finanzkrise. Die Deutsche Bank etwa hat ihre bislang höchste Strafe im Frühjahr 2015 berappen müssen. Anlass war die Manipulation des Libor (der Zinssatz zu dem sich Großbanken untereinander Geld leihen können). 2,5 Milliarden Dollar kostete das Fehlverhalten einiger Händler die Bank damals nach der Einigung mit den Behörden in Amerika und Großbritannien.

<http://www.tagesschau.de/wirtschaft/deutsche-bank-207.html> 16.9.16

http://www.deutschlandfunk.de/milliardenforderung-gegen-deutsche-bank-europa-muss-sich.720.de.html?dram:article_id=366092 16.9.16

<http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/unternehmen/kommentar-die-alten-suenden-der-deutschen-bank-14438915.html> 16.9.16

<http://www.faz.net/aktuell/finanzen/deutsche-bank-erhaelt-milliarden-strafe-fuer-hypothecken-geschaefte-14437787.html>

<http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/unternehmen/der-deutschen-bank-droht-in-amerika-eine-milliardenstrafe-14438296.html> 16.9.16

<http://www.nzz.ch/wirtschaft/unternehmen/forderungen-aus-den-usa-deutsche-bank-im-dauerstress-ld.117156> 16.9.16

IEX-Börse zugelassen

IEX-Gründer Brad Katsuyama war als Aktienhändler für die Royal Bank of Canada in New York im Jahr 2007 Eigentümliches aufgefallen. Auf einmal konnte er nicht mehr wie früher ein Aktienpaket auf Knopfdruck zu einem bestimmten Preis kaufen. Stattdessen bekam er nur noch einen Teil der Aktien zu diesem Preis, der Rest des Pakets verschwand vom Bildschirm, und der Kurs stieg. Katsuyama und seine Kollegen fanden heraus, dass dies mit der unterschiedlichen Dauer zu tun hatte, die Aktienaufträge benötigen, bis sie an verschiedenen Börsen eintreffen. Diese Differenz machten sich die Computerprogramme

der Hochfrequenzhändler zunutze. Sie registrierten, wenn ein Auftrag bei der ersten Börse einging, stornierten dann sofort Angebote für den Verkauf der Wertpapiere auf anderen Plattformen und boten sie stattdessen teurer an. Den etablierten Börsen warf Katsuyama vor, dieses Treiben zu unterstützen, indem sie Hochfrequenzhändlern gegen Bezahlung erlauben, Computer neben ihren eigenen Rechenzentren aufzustellen. Damit wird die Übertragungsdauer verkürzt und ein Zeitvorsprung ermöglicht.

2013 gründete Katsuyama dann die IEX, der Name steht für „Investor's Exchange“, also Börse für Anleger. Das zentrale Element dieser Plattform ist eine Barriere, die jede Transaktion um 350 Mikrosekunden, also Millionstelsekunden, verzögert. Das ist zwar extrem kurz, soll aber reichen, um einen etwaigen Vorteil von Hochfrequenzhändlern zu neutralisieren. Über die IEX konnten auch schon bisher Aufträge abgewickelt werden, allerdings war sie ein sogenannter „Dark Pool“, über den Wertpapiere anonym gehandelt werden.

Die Zulassung durch die SEC adelt die Plattform nun und hebt sie auf eine Stufe mit den etablierten Börsen.

Wettbewerber wie die Nasdaq und die Nyse haben mit allen Mitteln versucht, die Zulassung der IEX zu verhindern. Dass sie die junge Börse als Bedrohung sehen, zeigt sich auch daran, dass die Nasdaq nach einem Bericht des „Wall Street Journal“ eine Option für Anleger plant, die nach einem ähnlichen Prinzip wie die IEX etwaige Nachteile gegenüber Hochfrequenzhändlern wettmachen soll.

Quelle: <http://www.faz.net/aktuell/finanzen/aktien/boerse-iex-group-feiert-debuet-konkurrenz-fuer-nyse-nasdaq-14394985.html> 19.8.16

Bankenkrise in Italien

Italiens Banken stecken seit Jahren in der Krise. Sie sitzen auf faulen Krediten im Wert von schätzungsweise 360 Milliarden Euro. Das ist das Ergebnis von einem Jahrzehnt, vielleicht auch zwei Jahrzehnten der Kreditvergabe ohne große Rücksicht auf die Risiken beim Schuldner.

Die Last der faulen Kredite führt auch dazu, dass Italiens Banken kaum neue Kredite vergeben. Denn dafür müssten sie – wie alle Banken - mit Eigenkapital einen Teil der Haftung absichern. Aber genau das können sie nicht mehr. Die Europäische Zentralbank ist verzweifelt: Ihr billiges Geld kommt in den italienischen Unternehmen nicht an, weil die von faulen Krediten belasteten Banken keine neuen Gelder ausleihen können.

Die italienische Regierung beziffert den Kapitalbedarf der italienischen Banken derzeit auf 40 Milliarden Euro.

Der regelgerechte Weg, wenn frisches privates Kapital nicht aufzutreiben ist, wäre die Abwicklung. Die Abwicklung soll aber auf keinen Fall mehr vom Steuerzahler finanziert werden.

Jetzt aber gibt es Zweifel an der Standfestigkeit italienischer Banken. Und damit auch Zweifel an der Aufsichtsfunktion der EZB. Und an ihrer Standfestigkeit. Denn es war Vitor Constancio, der sich kürzlich für eine "kleine öffentliche Unterstützung" aussprach, "um die Stabilität einiger Bankensektoren spürbar zu verbessern." Und das, obwohl jetzt die Regeln der Bankenunion gelten, wonach eben zunächst Aktionäre, Anleihegläubiger und größere Sparer eine Bank retten müssen. Erst dann dürfe ein Staat helfen. Empfiehlt selbst die EZB, die neue Regel zurückzustellen, bevor sie erstmals angewandt wird? Käme es anders, könnte es dem europäischen Abwicklungsmechanismus für marode

Banken ergehen wie dem Maastrichter Stabilitätspakt. Deutschland und Frankreich haben ihn 2003 als Erste verletzt. Das hatte Signalwirkung. Kaum ein Eurostaat hält derzeit Verschuldungsgrenzen ein. Könnte auch das Versprechen, den Steuerzahler möglichst nie wieder für wankende Banken einstehen zu lassen, null und nichtig werden?

Die Bankenkrise könnte auch zur Krise für die italienische Regierung werden. Schon jetzt wirft ihr die Opposition vor, für die Bankenrettung Milliarden bereit zu stellen – für die 4,6 Millionen Armen im Lande, von denen eine aktuelle Studie spricht, aber nur 600 Millionen Euro locker zu machen.

Quelle: http://www.deutschlandfunk.de/italien-vor-dem-banken-stresstest-die-last-von-360.724.de.html?dram:article_id=361501 28.7.16